

Tagesfragen

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **27 (1935)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 4

April 1935

27. Jahrgang

Tagesfragen.

Auf biegen oder brechen ist die Politik eingestellt, welche die in der Eidgenossenschaft herrschenden Parteien betreiben. Sie haben begriffen, dass sie im Volk immer mehr an Boden verlieren. Es wäre daher nahegelegen, dass sie versucht hätten, ihre Politik den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes besser anzupassen, um die Kluft, die heute zwischen Volk und Behörden besteht, zu überbrücken. Das hätte allerdings bedeutet, dass verschiedenes, was in letzter Zeit von behördlicher Seite getan oder von massgebenden politischen Führern gesagt worden ist, desavouiert worden wäre. Und das hätte einen Mut gebraucht, zu dem sich diese Parteien offenbar nicht mehr aufraffen können. Die extremen Rechtskreise haben natürlich gar keinen Anlass dazu; denn sie steuern mit voller Absicht auf eine autoritäre Regierung hin, die dem Volk nur noch das Steuerzahlen überlässt. Sie wissen auch gut genug, dass der von ihnen eingeschlagene Kurs die Parteien der Mitte allmählich zerreibt, und sie hoffen, bei der Liquidation möglichst viel erben zu können. Von dieser Seite her ist diese Machtpolitik nicht verwunderlich. Für die andern Mitbeteiligten ist sie ein Zeichen der inneren Schwäche. Man getraut sich nicht mehr, zu dem zu stehen, was man vielleicht einmal gewollt hat. Man ist schon zu stark festgefahren in diesen Geleisen.

*

Der Bericht des Bundesrates zur Kriseninitiative würde allerdings eine allzu grosse Ehrung erfahren, wollte man ihn als ein Instrument bezeichnen, das auf biegen oder brechen eingestellt ist; denn er ist womöglich noch widerspruchsvoller als der

bisherige Kurs der eidgenössischen Wirtschaftspolitik selbst. Dieser Bericht ist ein Dokument der **Verbitterung** und des **Aerger**s, das eine Regierung, die Anspruch macht auf Objektivität, niemals hätte mit ihrem Namen decken dürfen. Abgesehen von einigen Zahlen, die mit der Kriseninitiative in gar keiner Beziehung stehen, enthält es kein Tatsachenmaterial und auch keine Widerlegung der sachlichen Argumente für die Kriseninitiative und gegen die Abbaupolitik. Dieser Bericht über die Kriseninitiative ist wohl das bedenklichste Schriftstück, das seit langer Zeit das Bundeshaus verlassen hat. Ihm ebenbürtig waren freilich auch die Reden, die in den eidgenössischen Räten gegen die Kriseninitiative gehalten wurden. Die Rat- und Hilflosigkeit der Gegner kommt auch darin zum Ausdruck, dass zwei Gegenvorschläge aufgestellt wurden, die in ihren sachlichen Forderungen teilweise fast eine wörtliche Kopie der Initiative sind. Was sie nicht enthalten, ist die Bestimmung des **Ziels** der Wirtschaftspolitik, das dem Grundsatz von Art. 2 der geltenden Bundesverfassung entspricht sowie ihrer **Richtung**, d. h. die Ablehnung der Abbaupolitik; beides gerade die Forderungen, die am allerwenigsten sachlich bestritten werden können.

*

Die politische Hetze, mit der die Gegner der Kriseninitiative kämpfen, soll wohl ihre Armut an Gedanken zu verdecken suchen. Sie hat ferner besonders den Zweck, die Arbeitenden aus Landwirtschaft und Industrie, die sich unter dem Druck der Deflation zu gemeinsamer Abwehr zusammengefunden haben, wieder auseinanderzusprengen; denn diese Zusammenarbeit von Bauern, Arbeitern und Angestellten fürchtet das Grosskapital viel mehr als die Kriseninitiative selbst. Und seine Vertreter glauben, wenn diese erste gemeinsame Aktion zum Scheitern gebracht werden könnte, so wäre das Zusammengehen des werktätigen Volkes ein für allemal zum Fiasko verurteilt, und die **Taktik des Teilens und Herrschens** könnte wieder fortgesetzt werden, um die Macht der Grossindustrie und des Finanzkapitals fester als je zu verankern. Sie kommen zu spät. Die Politik der starken Faust wird die Entwicklung, die reif ist, noch beschleunigen.

*

Die Front der Arbeit besteht. Der Gedanke ist nicht mehr aus der Welt zu bringen. Er harrte schon lange der Verwirklichung. Es bedurfte nur der Tat einiger mutiger Männer, um ihn durchzuführen. Damit wollen wir nicht sagen, dass dieser Block der Arbeit nicht noch ganz gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Die grösste Gefahr droht ihm wohl von

seinen Befürwortern selbst. Jedenfalls von jenen, die glauben, damit irgendwelche Sonderzwecke verfolgen zu können. Die Vertreter der gewerkschaftlichen wie der bäuerlichen Organisationen, die hinter der Kriseninitiative stehen, haben ihr Wort gegeben, dass diese Aktion für keinerlei parteipolitische Zwecke missbraucht werden dürfe, und sie werden ihr Versprechen halten. Die Idee der Front der Arbeit kann nur auf überparteilicher Grundlage verwirklicht werden; denn sie will ja gerade sagen, dass die Kreise der Bauern, Arbeiter, Angestellten, die bisher gegeneinander ausgespielt wurden, sich über die parteipolitischen Schranken hinwegfinden zur gemeinsamen Sache. Wenn sich daher eine der heutigen Parteien, gleichviel wie sie heisst, allein als Front der Arbeit aufspielen will, so treibt sie Missbrauch mit diesem Gedanken. Jeder solche Versuch trägt den Stempel der Unehrllichkeit, und das Volk wird die wahre Front der Arbeit von der falschen sehr bald zu unterscheiden wissen.

*

Die Bundesratswahl stand genau wie die Behandlung der Kriseninitiative in den Räten im Zeichen einer volksfeindlichen Machtpolitik. Die gleichen Leute, die gegen andere den Vorwurf des Machthungers erheben, bringen es nicht über sich, von der Macht, die sie in den Händen haben, obwohl sie ihnen gar nicht zukommt, auch nur das geringste abzugeben. «Wir haben die Macht und wir wollen sie rücksichtslos anwenden», ist ihr Motto.

Die Wahl eines Vertrauensmannes der Grossindustrie und der Finanzwelt bedeutet eine **Provokation** für die grosse Mehrheit des Schweizervolkes. Die Arbeiterschaft ist wieder einmal mehr vergewaltigt worden, und zwar mit den fadenscheinigsten Gründen. Aber nicht nur die Arbeiter, alle jene neun Zehntel der Schweizerbürger, die ihre Lebensinteressen nicht einem Grossindustriellen anvertrauen wollen, fühlen sich durch diese Wahl mit Recht vor den Kopfe gestossen. Die rechtsfreisinnige «Appenzeller Zeitung» spricht das aus, was hunderttausende denken, wenn sie unter dem Titel «Von allen guten Geistern verlassen!» schreibt:

«Die Freisinnigen haben sich also von Parteien, welche die Vernichtung des Freisinns auf ihre Fahne geschrieben haben, denjenigen Bundesratskandidaten aufdrängen lassen, der sie nicht nur mit der Mehrheit im Bundesrate, sondern auch noch in anderer Beziehung aufs schwerste belastet.»

Diese Regierung und dieses Parlament werden nach all den Ereignissen der letzten Zeit nicht mehr imstande sein, sich zum Volk zurückzufinden. Sie sind heute die Gefangenen ihrer Politik und werden sich nur halten können auf dem Wege der Verletzung demokratischer Rechte, auf dem Wege der **Diktatur**. Der Ent-

scheid, ob diese Politik weitergehen kann, hängt einzig und allein davon ab, ob das Volk die heutige Situation klar genug erfasst und im Herbst für eine radikale Aenderung in der Zusammensetzung dieser Behörden sorgt.

Der Schweizerfranken.

Von M a x W e b e r.

Da die Gegner der Kriseninitiative nicht imstande sind, stichhaltige sachliche Argumente gegen das Programm der Initiative vorzubringen, ziehen sie mit Vorliebe andere Probleme heran, die zwar mit der Initiative nichts zu tun haben, mit denen sie jedoch glauben, Eindruck machen zu können auf unkritische Bürger. Neben den politischen Schlagwörtern ist es besonders der Einwand, die Kriseninitiative führe zwangsläufig zu einer Frankenabwertung oder gar zur Inflation, mit dem man das Volk einzuschüchtern sucht. Dieser Einwand stammt von Leuten, die völlig unbeschwert sind von Kenntnissen über die Geld- und Währungsfragen; umso leichter können sie damit Demagogie treiben. Das kann aber nur dann gefährlich werden, wenn sie damit Eindruck machen können auf Kreise, denen diese Fragen ebenso spanische Dörfer sind, wie ihnen selbst. Es ist deshalb notwendig, diese Probleme etwas eingehender zu beleuchten.

D i e s c h w e i z e r i s c h e W ä h r u n g.

Als nach der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 der Franken als gesetzliche Münzeinheit der Schweiz eingeführt wurde, brachte man ihn zuerst in ein festes Wertverhältnis zum Silber. Doch bald wurde die Silberwährung durch die sogenannte Doppelwährung ersetzt, d. h. durch ein Geldwesen, bei dem Gold- und Silbermünzen gesetzlichen Kurs haben. Das geschah im Jahre 1865 durch den Abschluss der lateinischen Münzunion, der ausser der Schweiz noch Frankreich, Italien und später Griechenland beitraten. Diese Staaten anerkannten unter sich gegenseitig ihre gesetzlichen Münzen. Zwischen Gold und Silber wurde ein festes Wertverhältnis geschaffen von 1 : 15 $\frac{1}{2}$. Nun untersteht jedoch der Wert von Gold wie von Silber dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, so dass das Wertverhältnis der beiden Edelmetalle sich ungleichmässig verschieben kann. Tatsächlich entwertete sich das Silber im Laufe der Jahre immer stärker, was zur Folge hatte, dass immer mehr Silbermünzen geprägt wurden, die das wertvollere Gold verdrängten. Die Staaten der Münzunion begrenzten daher die Prägung von Silbermünzen auf bestimmte Kontingente für jedes Land. Daher wurde von einer sogenannten hinkenden Währung gesprochen, in Wirklichkeit war es schon ein Uebergang zur Goldwährung.